

# Danziger Dampfboot.

№ 137.

Freitag, den 15. Juni.



1866.

37ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5, wie anwärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.  
Inserate nehmen für uns außerhalb an:  
In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau,  
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau,  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau.  
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 14. Juni.  
Der österreichische Mobilisirungsantrag ist angenommen. Der preussische Bundestagsgesandte hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß der Bund Preußen gegenüber gebrochen sei und unter Verwahrung der Rechte Preußens, welche aus dem bisherigen Bundesverhältnisse herrühren, die Bundesversammlung verlassen.  
— Die Majorität für den österreichischen Antrag bilden folgende 9 Stimmen: Oesterreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Großherzogthum Hessen, Kurhessen, Nassau und die 16. Kurie (Lichtenstein, Reuß u. s. w.) Zu bemerken ist jedoch, daß einzig und allein Württemberg ganz wie Oesterreich stimmte, während die übrigen nur für die Mobilisirung ohne österreichische Motive und Ausführungsanträge votirten. In der 13. Kurie Nassau-Braunschweig stimmte Braunschweig gegen den österreichischen Antrag. Die 16. Kurie war nicht vollständig instruirert, glaubte aber doch für Oesterreich stimmen zu dürfen. Die gegen Oesterreich stimmende Minorität bestand neben Preußen aus 6 Stimmen: Sachsen-Weimar und die Thüringischen Herzogthümer (außer Meiningen), Oldenburg-Anhalt-Schwarzburg, Mecklenburg, die freien Städte (außer Frankfurt), Luxemburg und Baden, welches für Verweisung an einen Ausschuss stimmte. Preußen gab gar keine Stimme ab, da es die ganze Verhandlung für bundeswidrig erklärte. Zur Ausführung des heutigen Bundesbeschlusses findet bereits eine Sitzung der Militär-Kommission statt, aus welcher Preußen ebenfalls schon ausgeschlossen ist.

— Für den 17. d. ist hier in Frankfurt eine Ministerkonferenz der Bundesgenossen Oesterreichs angesetzt. Es soll ein Antrag berathen werden, welcher bezweckt, die Rückgabe Holsteins unter die Verwaltung des Bundes durchzusetzen, event. im Wege der Offensive gegen Preußen. — Die Konzentration der österreichischen Truppen bei Aschaffenburg bestätigt sich. Die Mainzer und Frankfurter Bataillone sind blos bis dorthin geschoben und haben Halt gemacht.

— Gabelnz reiste Vormittags von hier nach Wien ab. Die bairische Besatzung hat die Ordre zur Marschbereitschaft erhalten, angeblich nach einem vor Würzburg zu beziehenden Lager.

Altona, Donnerstag 14. Juni.  
Der k. k. Civiladlatus v. Hoffmann hat an den General-Lieutenant Freiherrn v. Manteuffel folgendes Schreiben gerichtet:

— Ew. Excellenz haben den im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers von der k. k. Statthaltertschaft ernannten Mitgliedern der herzoglich-holstein'schen Landesregierung am 10. d. M. angezeigt, daß Hochdieselben sich unter Aufhebung der gedachten Landesregierung veranlaßt gesehen haben, die Räte ihrer Aemter zu entheben. Zugleich sind dieselben aufgefordert worden, die in ihren Händen befindlichen amtlichen Papiere an den mit der Leitung der Civilverwaltung in Holstein beauftragten Baron Carl v. Scheel-Plessen in Kiel abzuliefern. Durch Proclamation Ew. Excellenz vom nämlichen Tage ist die Uebernahme der obersten Regierungsgewalt im Herzogthum Holstein zur öffentlichen Kunde gebracht worden.

In Gemäßheit der mir erteilten Instruction erhebe ich Namens des kaiserlichen Cabinets und des seiner Verwaltung anvertrauten Landes gegen diesen neuen Gewaltakt Protest und werfe auf Ew. Excellenz die Verantwortlichkeit für alle Folgen des Vertragsbruches und der geübten bundeswidrigen Eigenmacht.

Die Mitglieder der Landesregierung habe ich angewiesen, sich der Gewalt zu fügen. Genehmigen etc. Im speciellen Auftrage Sr. Excellenz des kaiserlich k. k. Civiladlatus Ministerialrath F. v. Hoffmann.  
Hannover, Donnerstag 14. Juni.

Wie es heißt, hat die Regierung das Ansuchen Preußens, ihm den Durchzug einer Division von den Herzogthümern nach Westphalen und der Provinz Sachsen zu gestatten, beanstandet.

Dresden, Donnerstag 14. Juni.  
Heute wurde der Landtag durch Frhn. v. Deust geschlossen. Er dankte für die übereinstimmenden Beschlüsse und für die in patriotischer Hingebung gewährten Geldmittel, und schloß mit folgenden Worten: Die Opfer, die gebracht werden, die Prüfungen, die bevorstehen, sollen zum Heile Deutschlands, für einen dauernden, ehrenvollen, Segen verbreitenden Frieden getragen werden.

— Ein Frankfurter Telegramm des „Dresdner Journals“ berichtet folgendermaßen über die heutige Bundestagsitzung: Die Bundesversammlung beschloß mit 9 gegen 7 Stimmen die Mobilmachung des sechsten, achten, neunten und zehnten Bundesarmee-corps. Preußen, Baden, Luxemburg, die zwölfte, vierzehnte, fünfzehnte und siebzehnte Kurie stimmten dagegen. Nachdem Preußen schon bei der Umfrage gegen jede geschäftliche Behandlung des „bundeswidrigen“ Antrages protestirt hatte, erklärte der preussische Gesandte nach der Schlußziehung, er betrachte den bisherigen Bundesvertrag als erloschen, lege das Project eines neuen Bundes vor und erkläre seine Thätigkeit an der Versammlung für beendet. Derselbe verließ hierauf alsbald den Sitzungssaal, während das Präsidium erklärte, unter Hinweis auf Artikel 1 der Bundesakte, der Bund sei ein unauflöslicher Verein, auf dessen ungeschmälernten Fortbestand das gesammte Deutschland ein Recht habe und aus welchem der Austritt keinem Mitgliede freistehe. Auf Einladung des Präsidiums schloß sich die Bundesversammlung dem feierlichen Proteste und der Wahrung der Rechte und Zuständigkeiten des Bundes, welcher in vollkommen bindender Kraft fortbestehe, an. (Vergl. Depeschen-Frankf.)

Weimar, Donnerstag 14. Juni.  
Das preussische Rundschreiben vom 12. d. an die deutschen Bundesgenossen sagt: Dem österreichischen Antrage fehlt jede bundesrechtliche Grundlage. Durch die Annahme des Antrages treten die dabei Beteiligten einem feindseligen Acte gegen Preußen bei. In dem dann ausbrechenden Kriege wird Preußen sich nur durch sein eigenes Interesse und dasjenige der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen. Die Zustimmung zu dem Mobilmachungsantrag steht Preußen so an, als träten die zustimmenden Regierungen mit Oesterreich, welches eine besondere Kriegserklärung erlassen wird, in militärische Solidarität; die Zustimmung wird daher einer selbstständigen Kriegserklärung jener Staaten gleich geachtet. Derauf werden die zwischen den preussischen Provinzen liegenden Staaten besonders aufmerksam gemacht. (Vergl. gestrige Depesche aus Karlsruhe.)

Kassel, Donnerstag 14. Juni.  
Die hiesige „Morgenzeitung“ schreibt: Der Minister Abbe, Harbordt und Kohde haben ihr Entlassungsgesuch eingereicht, letzterer hat dasselbe aber wieder zurückgezogen. Der Befehl zur Mobilmachung soll gestern erlassen worden sein. Gelegentlich des officiellen Empfanges der österreichischen Truppen am hiesigen Bahnhofe legte der preussische Gesandte eine energische

Interpellation ein; nur die alsbald erfolgte befriedigende Rückäußerung der kaiserlichen Regierung ermöglichte das Verbleiben des Gesandten.

— In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung hob Präsident Nebelthau hervor, daß die Regierung beim Zusammentritt der Stände abermals mit leeren Händen erscheine. Der Abg. Zuschlag begründete einen Antrag auf Berufung eines constituirenden Parlamentes, der Abg. Rübsam auf Anerkennung des Erbprinzen Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein und auf Berufung eines Parlamentes, in welchem beide deutsche Großmächte Vertretung finden. Beide Anträge wurden dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Darmstadt, Donnerstag 14. Juni.  
Die erste Kammer bewilligte in heutiger Sitzung einstimmig die Regierungsforderung behufs Kriegsrüstung der großherzoglichen Truppen. Der Präsident der Kammer, Fürst Solms-Lyck, Mitglied des preussischen Herrenhauses, enthielt sich der Abstimmung.

Karlsruhe, Donnerstag 14. Juni.  
Die den preussischen Reformantrag begleitende Circulardepesche befragt die Bundesregierungen, ob sie bei Lösung des Bundes durch Krieg bereit sein würden, einem nach preussischem Reformprojekt zu errichtenden Bunde beizutreten.

— Die zweite Kammer genehmigte in heutiger Sitzung einstimmig die Regierungsforderung von 3,813,200 Fl. behufs Mobilmachung des badenischen Armeekorps.

Wien, Donnerstag 14. Juni.  
Der Wiener Gemeinderath überreichte heute dem Kaiser eine Loyalitätsadresse. Der Kaiser erwiderte auf die Ansprache des Bürgermeisters: Mit großer Befriedigung vernehme ich diese Kundgebung der Stadt Wien. Ich habe Alles gethan, um den Frieden und die Freiheit Deutschlands zu erhalten, aber es ist mir von allen Seiten unmöglich gemacht worden. Es ist dies der schwerste Augenblick seit meinem Regierungsantritt. Ich greife nun zum Schwerte, im Vertrauen auf Gott, mein gutes Recht, meine tapfere Armee und auf die Mitwirkung meiner treuen Völker. Insbesondere muß ich aber meine vollste Befriedigung über die Einmüthigkeit in der Haltung Wiens aussprechen. Ungeachtet durch Verkehrs-Stockung und Arbeitslosigkeit der Bevölkerung schon bedeutende Opfer aufgelegt werden, herrscht hier im Vergleiche mit dem Auslande die musterhafteste Ruhe und Ordnung, und ich kann dies nicht genug anerkennen.

Kopenhagen, Donnerstag 14. Juni.  
Der russische Thronfolger Großfürst Alexander und dessen Bruder Großfürst Wladimir trafen heute Mittags in Hellebø, an der Nordküste von Seeland, ein und begaben sich sofort auf die königliche Sommerresidenz Fredensborg. Der Kronprinz von Dänemark wird am 17. Juni hier erwartet.

Berlin, 14. Juni.

— Der verhängnißvolle Beschluß, welcher über das Wohl und Wehe von ganzen Staaten entscheidet, ist in Frankfurt gefaßt worden, d. h. in der gestrigen Bundestagsitzung ist die Sprengung des Bundes vor sich gegangen, da, wie die heutigen Telegramme melden, die Majorität der deutschen Bundesstaaten dem Antrage Oesterreichs auf Mobilisirung der Bundescontingente beigestimmt hat. Das ist nicht bloß ein Act offener Feindseligkeit gegen Preußen, sondern auch ein entschiedener Bundesbruch und wird als solcher behandelt werden; — das heißt mit andern Worten: der Krieg

zwischen Deutschen ist erklärt, und zwar wird er in der Nähe der Bundestagsstadt selbst ausbrechen, wofür es sich bewahren sollte, was hier und da in der Presse vermuthet wird, nämlich, daß die aus Holstein über Kassel in die Nähe von Frankfurt dirigirten österreichischen Truppen sich mit den österreichischen Besatzungen aus den Bundesfestungen und mit dem 8. Bundesarmee-corps vereinigen sollten. Dieses Beginnen würde allerdings von Preußen von vornherein vereitelt werden.

Wir deuteten schon gestern an, die meisten Mittelstaaten würden Oesterreichs Verbündete werden, und diese Vorstellung hat sich also bestätigt. Nicht daß sie uns muthlos machte, aber sie vergegenwärtigt den Conflict in seiner ganzen weiten Ausdehnung, und unmöglich ist es, auch nur zu vermuthen, welchem Schicksal die deutschen Staaten nunmehr anheimfallen werden. Die jüngsten Ereignisse in Holstein haben von den Mittelstaaten selbst solche, die anfänglich noch schwankten, in's österreichische Lager getrieben, und weil damit auch Hannover eine feindliche Position gegen uns einnimmt, so wäre es leichtsinnig, gerade hierin nicht ein höchst precäres Moment für unsern Staat zu erblicken. Schon die bloße Erschwerung der Communication zwischen Rheinland und Ostpreußen hat die empfindlichsten Verluste zur Folge. Die Mittelstaaten stehen zu Oesterreich in einem weit innigeren Conner, als es auf den ersten Blick scheint. Die Coalition ist nicht von gestern und vorgestern, sondern sie datirt von dem Augenblick, wo das Wiener Cabinet seine Verbündeten auf die Tragweite des preussisch-italienischen Bündnisses hinwies. Und wir werden uns nicht zu wundern haben, wenn die österreichisch-mittelstaatliche Coalition mit den weitesten Präensionen in die Action eintritt. Ihr letzter Gedanke ist kein anderer, als die Schwächung Preußens in solchem Grade, daß Preußen in die von seinen Gegnern dictirte Bundesreform einwilligen muß. Darin liegt außerordentlich viel Lächerliches, aber vorerst auch eine große Gefahr. Nicht zu unterschätzen ist ferner die Haltung Frankreichs gegenüber den Vorgängen in Deutschland. Officiöser Seits verlautete von Mahnungen des Kaisers Napoleon an die Mittelstaaten; officiell läßt Frankreich heute erklären, daß es sich je nach Umständen die volle Freiheit der Action vorbehält. Immer doppelzünftig gewesen, ist es das kaiserliche Frankreich auch in diesem Augenblicke. Seine Wünsche werden ihm alle vereitelt werden durch die gewaltige Kraft des deutschen Volkes; es giebt Dinge, über die glücklicherweise auf germanischem Boden nur ein Urtheil laut werden kann. Wir sehen jedoch überall große und schwere Gefahren sich herandrängen, die zu unterschätzen geradezu eine patriotische Sünde wäre. Der Kampf steht nahe bevor. Daß er keinen muthlos vorfindet, erklärt sich aus dem Bewußtsein von der hohen geschichtlichen Mission Preußens, und die rechten Männer, den Staat zum Siege zu führen, werden ihm so wahr nie fehlen, so wahr unser Volk wie nur eins auf Erden geistige und leibliche Kraft in Fülle hat.

Bei alledem erscheint die Lage jedoch sehr ernst, ernstest unbedingt, als selbst 1756. Damals standen von den deutschen Staaten wenigstens Hannover, Kurhessen, Braunschweig, Bückeburg und Gotha, und von den auswärtigen Mächten England ganz entschieden auf preussischer Seite, während von einem derartigen Separat-Abkommen bisher nur gerüchtwise von Mecklenburg-Schwerin verlautet. Damals war, was unbedingt wichtiger, noch die allgemeine Sympathie ebenso entschieden für Preußen, als sie jetzt, wenigstens was Deutschland angeht, gegen dasselbe angenommen werden muß. Endlich aber war mit dem Eintritt in jenen Krieg eine innere Parteinung, wie sie gegenwärtig im Vaterlande eine so gefährliche und bedrohliche Wirkung äußert, im preussischen Staate nicht im Entferntesten vorhanden. Noch nie, das steht leider zu fest, ist Preußen unter gleich nachtheiligen und ungünstigen Verhältnissen in einen großen und allgemeinen Krieg eingetreten. Dennoch aber erscheint ein Ausweichen der Entscheidung jetzt unbedingt nicht mehr möglich, und wie die Würfel fallen mögen, der Kampf muß bestanden werden.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, die schleswig-holstein'sche Frage werde ihre Lösung zu Gunsten Preußens vorzugsweise durch die vielen und groben Fehler finden, welche die österreichische Diplomatie in derselben begangen hat. Unter diesen Fehlern steht obenan die Flucht Oesterreichs hinter die durchlöcherzte Schürze des deutschen Fürstenbundes zu Frankfurt a. M. Denn dadurch ist Oesterreich genöthigt, fortan — und zwar im Widerspruch mit seinem ganzen bisherigen Verhalten, mit

seinen bisherigen Kundgebungen und den von ihm geschlossenen Verträgen — auf dem Bundesrecht nuzherzureiten, d. h. auf einem schon im Allgemeinen, ganz besonders aber in dem gegenwärtigen Falle total buglahmen Gaule, dem wahrscheinlich das Schicksal bevorsteht, unter diesem seinem Reiter zusammenzubrechen. Wir glauben, daß der Streit zwischen Preußen und Oesterreich wegen Schleswig-Holsteins nicht ein Conflict zwischen zwei deutschen Bundesgliedern, sondern nur zwischen zwei europäischen Mächten ist, der dem Bunde ganz fremd bleiben sollte. Wenn daher Oesterreich zum Austrage dieses Conflicts den deutschen Fürstenbund zu Hilfe ruft und sich gewissermaßen unter die Fittiche desselben flüchtet, so ist dies ein Act der Feigheit, der da beweist, daß Oesterreich des Namens einer europäischen Großmacht nicht würdig ist; — ganz abgesehen davon, daß es dadurch auch Preußen berechtigt, eine oder die andere derjenigen Mächte, denen die schleswig-holstein'sche Angelegenheit fremd ist, seinerseits zu Hilfe zu rufen.

Die wunderbare Bestignahme Holsteins durch Preußen dürfte endlich die „Schmach von Olmütz“ gründlich von uns abgewaschen haben. Als sich damals Preußen bei Bronzell vor Oesterreich zurückzog, um ihm zu Olmütz den Pantoffel zu küssen, da war Preußen doch wenigstens angegriffen: es hatte Pulverdampf die Luft geschwängert und ein braver preussischer Schimmel war von einer österreichischen Kugel den Heldenstod gestorben. — In Holstein aber zog Oesterreich, als „Starker muthig zurückweichend“, ab wie eine Kage vom Taubenschlage, nicht einmal ein Hühnerauge, geschweige einen Schimmel als Zeichen seines Widerstandes auf der Walfahrt zurücklassend. — Sehr natürlich! Oesterreich hatte keine Zeit zu verlieren, um sich hinter „Mutterns Schürze“, nämlich den deutschen Bundestag, zu flüchten! Wozu sollte es sich erst noch einen Schimmel erschießen lassen?! —

Die klägliche Rolle bei der ganzen Holstein-Affaire hat offenbar der Prinz von Augustenburg, dieser „Angestammte“ und „Erkorene“ des Particular-Selbstbestimmungsrechts, gespielt, dasselbe Individuum, welches sich vermaß, die deutschen Nordmarken, diesen Ball Norddeutschlands, als souveräner Fürst beherrschen zu wollen! Trozdem er Stein und Bein geschworen hatte, bei seinem „treuen Volke“ muthig und kühn auszuharren, „alles Schicksal, Freud und Leid mit ihm theilen zu wollen, hatte er doch, als die Preußen die Eider überschritten, nichts Eiligeres zu thun, als sich über Hals und Kopf aus dem Staube zu machen, von Kiel über Altona und Hamburg nach Kassel, wo er endlich spurlos geworden ist. Wahrscheinlich wird man ihn in der nächsten Bundestags-Sitzung im Thurn- und Taxischischen Palais zu Frankfurt a. M. erscheinen sehen, um den Bundestag ergebendst zu fragen, ob man ihm denn sein Thronchen noch nicht aufbauen könne. — Was würde denn der Prinz riskirt haben, wenn er ruhig in Kiel geblieben wäre? — Nichts! aber auch gar nichts! Man hätte ihn wahrscheinlich nicht einmal ausgewiesen und ihm höchstens bei dem Wählen für seinen Duodezürstenthron das Handwerk ein wenig gelegt.

Die „Hamb. Ztg.“ hört, daß Se. Hoheit der Herzog Friedrich VIII. (für seinen gelungenen Rückzug aus Kiel?) zum österreichischen General ernannt worden ist. Wir würden diese Nachricht für einen boshaften Witz halten, wenn sie nicht im Leiborgane des Augustenburger's stände.

In Wien ist man voller Zuversicht; bei Hofe, in der Presse, wie in allen Schichten der Bevölkerung. Man rechnet auf die deutschen Staaten, man rechnet ferner auf Frankreich, dessen Wünsche sich nöthigenfalls durch die Preisgabe Venetiens erfüllen ließen. Ueberhaupt geht, neben den officiellen Beziehungen zwischen Paris und Wien, „die allerdings äußerlich nicht den Eindruck einer obwaltenden großen Intimität machen mögen,“ ein gewisser vertraulicher Verkehr einher, dessen Ergebnisse erst dann schärfer hervortreten dürften, wenn einmal die Ereignisse in Fluss gerathen sein werden.

Wie kommt es aber nur, daß trotz aller nicht wegzuleugnenden Thatfachen, welche auf den beinahe sofortigen Ausbruch des so verhängnißvollen Krieges hinauslaufen müssen — wie kommt es, daß auch in diesem Augenblicke noch wohl unterrichtete und in politischen Angelegenheiten wohlbewanderte Männer an einem wirklichen und allgemeinen Kriege zweifeln? Weil der Krieg in Deutschland nur von sehr kurzer Dauer und ohne Bedeutung, der Krieg in Italien aber ernstlich sein wird! antwortet ein Pariser Correspondent, der auch die Frage aufgeworfen hat. Napoleon fürchtet einen ernstlichen Krieg in Deutschland,

weil damit, abgesehen von anderen Gefahren, möglicherweise das Signal zum Ausbruche einer allgemeinen socialen Umwälzung in Europa gegeben werden könnte; ein stark gewordenes Italien aber könnte sich dem Abhängigkeitsverhältniß, in dem es jetzt noch zu Frankreich steht, entwinden, und das kommt ihm nicht gelegen. Das sind Blicke in die Ferne gerichtet, aber sie gehören dennoch der augenblicklichen Lage der Dinge an, weil sie einen Anhalt dafür gewähren, daß Napoleon möglicherweise nicht zum activen Eingreifen veranlaßt werden wird, wie er dies ja auch in seinem gestern telegraphisch mitgetheilten Briefe erhofft.

Die Urtheile der Presse des Auslandes über den gestern mitgetheilten Brief, den der Kaiser der Franzosen an seinen Minister des Auswärtigen gerichtet, liegen noch nicht vor; doch scheint sich jetzt bereits konstatiren zu lassen, daß das Schriftstück überall seinen guten Eindruck nicht verfehlt hat.

Die Ankunft Garibaldi's in Como scheint auch für die bevorstehenden Ereignisse in Italien nicht das Signal zum sofortigen Beginn des Handelns gewesen zu sein. Italien wartet auf Preußen und will nicht die Initiative ergreifen, und Oesterreich zögert nur deshalb so lange mit dem Eintreten in die Offensive, weil es gern den „dritten Juli“ herankommen sehen möchte. Mit diesem Tage soll nämlich der preussisch-italienische Vertrag außer Kraft treten, wenn bis dahin der Krieg noch nicht ausgebrochen, auch der Vertrag nicht erneuert worden ist. Letzteres werde aber nicht geschehen, weil in Preußen selbst ein solcher Umschwung in der öffentlichen Meinung, was das italienische Bündniß betrifft, eintreten könnte, daß dem Grafen Bismarck diese Verlängerung unmöglich sein würde. Auch deutsche Blätter rathen Preußen an, den Werth dieses Bündnisses nicht zu überschätzen, und heben hervor, daß die Sachlage sich am Ende ungünstig gestalten würde, seitdem man weiß, daß Oesterreich dem Verluste Venetiens gegen entsprechende Entschädigung nicht mehr mit solcher Entschiedenheit entgegentritt.

So stehen wir denn an der Schwelle einer blutigen Epoche, des Augenblicks gewärtig, da der Hammer zum zwölften Glockenschlage ausheben soll. Der Fehler, daß wir uns vor drei Jahren mit Oesterreich gegen Deutschland verbündet, soll jetzt mit Blut geföhnt oder — gestraft werden. Friede und Wohlstand Deutschlands sind jetzt — Gott weiß, auf wie lange Zeit — untergraben. — Wenn es wahr ist, daß Oesterreich den Krieg auch darum will, um über die „inneren Schwierigkeiten“ hinwegzukommen, so sollte es uns eine Mahnung sein, den inneren Conflict zu lösen, um über den Krieg mit ehrenvollem Erfolge hinwegzukommen, d. h. ihn zu unserer und Deutschlands Ehre zu Ende führen. —

Der König empfing heute Vormittag den von Wien zurückgekehrten Militär-Bevollmächtigten, Grafen v. d. Gröben.

Die Abreise des Königs ins Hauptquartier soll erst Anfangs nächster Woche erfolgen.

Der Frau Kronprinzessin geht täglich ein Telegramm zu über das Wohlbestanden ihres Gemahls, sowie über Begebenheiten auf dem Kriegsschauplatz.

Morgens traf aus Petersburg der kaiserliche General-Adjutant Bühler hier ein. Derselbe geht nach Dresden und Brunn.

Mehrere Beamte sind übereingekommen, ihrem Patriotismus gegenwärtig dadurch Ausdruck zu geben, daß sie Sr. Maj. dem König ihr Gehalt pro 1 Monat zur Verfügung stellen. Der Zustimmung zahlreicher Berufsgenossen scheint man gewiß.

Die preussische Regierung hatte in Betreff der Militairpflicht nach Amerika Ausgewanderte den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, daß Preußen, die vor dem 17. Lebensjahre ausgewandert und in dem Vereinigten Staaten naturalisirt worden wären, ganz und gar von späterer Belastung mit der Militairpflicht frei sein sollten, und 2) alle, die nach Vollendung des 17. Lebensjahres ausgewandert wären, nach zehnjährigem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung in Washington abgelehnt. Preußen hat nunmehr einen zweiten proponirt, der dahin geht, daß alle ohne Consens der Regierung ausgewanderten Preußen schon nach siebenjährigem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten frei sein sollten, — d. h. daß sie alsdann als Amerikaner in ihre Heimath sollen zurückkehren dürfen, ohne nachträglich zur Erfüllung ihrer Militairpflicht angehalten zu werden. Auf eigentlicher Fahnenflüchtige würde natürlich diese Bestimmung keine Anwendung finden. Da der Einwanderer ohnehin fünf Jahre in den Vereinigten



